

**Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch
möglich**

**Stadtverordnetenversammlung
Protokoll Nr. STV/08/2017**

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 30.10.2017,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Herr Peter Egan

Frau Gerda Freiheit

Herr Uwe Gaumann

ab TOP 10

Herr Rafael Haase

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dustin Holzmann

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Herr Bela Randschau

Frau Claudia Rathje

bis TOP 13

Herr Achim Reuber

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

Frau Martina Strunk

Herr Michael Stukenberg

Frau Doris Unger

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Thomas Reich
Herr Peter Kania
Frau Annette Kirchgeorg
Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt
Herr Jürgen Eckert
Herr Jochen Proske
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2017 vom 25.09.2017
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 15/2017
8. Ehrung des ausscheidenden Bürgerlichen Mitglieds Herrn Burmeister
9. Antrag der SPD Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/056/2017**
10. Anregungen aus der Einwohnerversammlung am 26.09.2017 **2017/119**
11. S4-Lärmschutz: Zustimmung zu der Resolution der Stadt Ahrensburg hinsichtlich der von der DB geplanten Lärmschutzmaßnahmen am Gleis
- a b g e s e t z t - **2017/107**
12. Änderung der Baumschutzsatzung
 - 12.1. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - Aufwand für den Bürger durch Neufassung Baumschutzsatzung **AF/2017/006**
 - 12.2. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - Verwaltungsaufwand durch Neufassung Baumschutzsatzung **AF/2017/005**
 - 12.3. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - Ist Expertenmeinung in der Neufassung der Baumschutzsatzung enthalten **AF/2017/007**
 - 12.4. Änderungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zur Neufassung der Baumschutzsatzung **AN/054/2017**

- | | | |
|-------|--|--------------------|
| 12.5. | Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur 1. Änderung der Baumschutzsatzung | AN/059/2017 |
| 12.6. | 1. Änderung der Satzung zum Schutz der Bäume in der Stadt Ahrensburg | 2017/111/1 |
| 13. | 46. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet Kastanienallee zwischen den Straßen Bahntrasse und Kastanienallee; Flurstücke 149, 232, 229, 230, 273 sowie die Flurstücke 276, 295, 275, 272, 270, 294 teilweise
- Abwägung der Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss | 2017/090 |
| 14. | Spiel Sport Club Hagen Ahrensburg von 1947 e. V.
- Übertragung der Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Sportanlage Am Hagen | 2017/101/1 |
| 15. | 4. Änderungssatzung zur Satzung für die Volkshochschule der Stadt Ahrensburg (Benutzungs- und Gebührensatzung)
- Anhebung der Kursgebühr für die Maßnahme "Grundqualifizierung zur Kindertagespflegeperson" | 2017/072/1 |
| 16. | Mosaik im Fußgängertunnel Manhagener Allee ("Galerie der Hände")
- Änderung des Beschlusses zur Vervollständigung | 2017/113 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2017 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. *Erlass einer Gewerbesteuerforderung*

Die Gewerbesteuerforderungen für die Jahre 2007 und 2008, der Verspätungszuschlag für das Jahr 2007 sowie Mahngebühren, Säumniszuschläge und Vollstreckungsgebühren in Höhe von insgesamt 33.798,07 € werden erlassen (Vorlagen-Nr. 2017/104).

2. *Befristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung*

Die Gewerbesteuerforderungen und die Nachzahlungszinsen für das Jahr 2005 in Höhe von insgesamt 90.698,50 € werden befristet für die Dauer des Insolvenzverfahrens niedergeschlagen (Vorlagen-Nr. 2017/105)

3. *Erlass einer Spielgerätesteuern*

Die Spielgerätesteuern für den Zeitraum 01.02.2004 bis 31.05.2006 in Höhe von 35.536,11 € wird erlassen (Vorlagen-Nr. 2017/103)

4. Einwohnerfragestunde

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2017 wurden von **Herrn Krüger** Fragen über den Moorwanderweg und von **Frau Dr. Moede** Fragen über die „Wasserversorgung in der Stadt Ahrensburg“ gestellt. Die schriftliche Beantwortung der Fragen ist zwischenzeitlich erfolgt. Die Antwortschreiben sind als **Anlage 1 und 2** dieser Niederschrift beigefügt.

Herr Jürgen Plage, Waldstraße 7, erklärt im Namen der Interessengemeinschaft der Anlieger der Waldstraße 3 bis 11 und Erika-Keck-Straße 2 zum Tagesordnungspunkt 11 „S4 Lärmschutz – Zustimmung zu einer Resolution“, dass niedriger Lärmschutz am Gleis nur möglich sei, solange sich in dem Bereich keine Weichen befinden würden. Er plädiert im Namen der Interessengemeinschaft dafür, die Überholungsstrecken außerhalb von Ortschaften zu planen. Seine Ausführungen sind als **Anlage 3** beigefügt.

Frau Svenja Sperhake, Bismarckallee 9, stellt zum Tagesordnungspunkt 11 „S4 Lärmschutz – Zustimmung zu einer Resolution der Stadt Ahrensburg“ hinsichtlich der von der DB geplanten Lärmschutzmaßnahmen am Gleis folgende Frage: „Bisher habe sie es so verstanden, dass dort, wo bisher drei Meter hohe Lärmschutzwände seien, insbesondere im Bereich Fannyhöh bis Bismarckallee, die Lärmschutzwände auf sechs Meter aufgestockt werden würden. Die Formulierung in der Resolution (Seite 1 Ziffer 2) habe sie irritiert:

„Die Stadt Ahrensburg fordert deshalb die DB-Netz AG als planende Instanz und das Eisenbahnbundesamt als genehmigende Instanz auf, [...]“

1. [...]

2. *nachträgliche, detaillierte Untersuchungen aller übrigen Gleise vorzunehmen mit dem Ziel, auch dort auf hohe Lärmschutzwände zu verzichten, insbesondere im gesamten Bereich des Naturschutzgebietes Stellmoor-Ahrensburger Tunneltal.“*

[...]

Bedeutet dies, dass die gesamte Strecke nochmals auf hohe Lärmschutzwände überprüft werde oder sei klar, dass es bestimmte Strecken mit sechs Meter hohen Lärmschutzwänden weiterhin gebe? Könnte man die Aussage in der Resolution detaillierter spezifizieren?“

Herr Prof. Dr. Hummeltenberg hat die Einwohnerversammlung am 26.09.2017 früher verlassen, sodass er seine Anregung, als der betroffene Tagesordnungspunkt in der Einwohnerversammlung behandelt werden sollte, nicht mehr vortragen konnte. Er sieht nicht ein, dass aus diesem Grund seine Anregung unwirksam sein soll und verliert seine als **Anlage 4** zu diesem Tagesordnungspunkt beigefügte Anregung „zum SPNV-Angebot (ohne S4) auf KBS 104 „Hamburg – Bad Oldesloe (– Lübeck – Travemünde Strand)“ bei S4-Inbetriebnahme bis Rahlstedt mit komfortablen innovativen spurtstarken Schnellbahnzügen (KISS) DoSto-ET.“

Herr Haering plädiert an die Stadtverordneten, nicht an der Trassenalternative zum Teil auf Delingsdorfer Gebiet und 250 m entfernt vom Gartenholz festzuhalten, da hier kein Verhandlungskompromiss mit Delingsdorf zu erwarten sei. Er verweist auf erhöhten Verkehr in der Lübecker Straße, u. a. bedingt durch neue Bauvorhaben wie z. B. die Erweiterung Beimoor-Süd, Fachmarktzentrum Kornkamp, Gewerbegebiet Strusbek sowie Erlenhof. Die Gebäude der Lübecker Straße würden nur 20 m von der Lübecker Straße entfernt sein und somit im Vergleich zu den Gebäuden im Gartenholz die Anwohner mit Verkehrslärm mehr beeinträchtigt werden. Mit der Gemeinde Delingsdorf würde es keine andere Verhandlungsposition für weitere Gespräche geben. Wo ist die Option zur Verhandlung?

Bürgermeister Sarach erklärt, dass seit ca. 15 Jahren über den Verlauf einer Nordtangente diskutiert werde. Die letzten Verhandlungen mit der Gemeinde Delingsdorf seien nicht weitergeführt worden, da die Gemeinde Delingsdorf vorab bestimmte Planungen entwickeln wollte. Die Gemeinde Delingsdorf fühlt sich nach wie vor gebunden an die Zusage zu der Aussage, welcher Trasse Delingsdorf zustimmen würde. Gleichwohl ist es Wunsch der Stadtverordneten, dass der Bürgermeister erneut in Verhandlungen eintritt.

Herr Kümpel-Jurgenowski dankt im Namen des „Runden Tisches Ahrensburg – Zivilcourage und Menschenrechte gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus“ den Stadtverordneten für die gute Zusammenarbeit.

Er lädt im Namen des Runden Tisches zum diesjährigen Gang des Erinnerns an die Opfer der NS-Diktatur und Ermutigung für mehr Mitmenschlichkeit und gegenseitiger Akzeptanz am 09.11.2017 ein.

Zum 6. Mal werden am Jahrestag der Reichspogromnacht wieder Ahrensburger Erinnerungsorte der NS-Zeit aufgesucht, u. a. die Stolpersteine für Anneliese Oelte, die Familie Rath und Magnus Lehmann.

16:00 Uhr, Beginn und erste Station:
Hagener Allee/Ecke Ernst-Ziese-Straße
Stolperstein für Anneliese Oelte

16:30 Uhr, zweite Station:
Waldstraße 8
Stolpersteine für Familie Rath

17:15 Uhr, dritte Station:
Rondeel/Rathausstraße
Stolperstein für Magnus Lehmann

17:45 Uhr, vierte Station:
Rathausvorplatz
Bodenintarsie – Engel der Kulturen

18:30 Uhr, Abschluss:

Rathaus-Foyer

Erinnerung an drei Ahrensburger Kommunalpolitiker, die sich dem Nationalsozialismus nicht beugten.

Der Runde Tisch ruft auch zur Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag am Mahnmal in der Kastanienallee auf.

Frau Gertrud Tammena, Königstraße, regt an, dass sich Bürgermeister Sarach in den Verhandlungen mit Delingsdorf für einen landschaftlich schön eingebetteten Radwanderweg zwischen Ahrensburg und Delingsdorf nach Bargteheide einbringen sollte.

Im Übrigen würde sie Lärmschutzwände dem Achsenkonzept vorziehen, denn das Achsenkonzept sei nicht lebenspraktisch. Die Straßen und die Alleen seien schön. Im Herbst würden die Laubbäume die Lärmschutzwand überragen. Andere Lösungen, die überhaupt den Lärm vermeiden, seien zu präferieren. Das Achsenkonzept jedoch halte sie an den Haaren herbeigezogen.

8. Ehrung des ausscheidenden Bürgerlichen Mitglieds Herrn Burmeister

Herr Dirk Burmeister war von April 1986 bis Januar 1993 Stadtverordneter. In dieser Zeit war er im Finanz-, Umwelt-, Personal- und Verkehrsausschuss Ordentliches Mitglied. Außerdem war Herr Burmeister stellvertretender Stadtrat.

Ab Juni 2013 war Herr Burmeister Bürgerliches Mitglied im Umweltausschuss sowie stellvertretendes Bürgerliches Mitglied im Bau- und Planungsausschuss, Werkausschuss und im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Bürgervorsteher Wilde überreicht Herrn Burmeister für sein kommunalpolitisches 10-jähriges Engagement ein repräsentatives Schreibgerät und aufgrund seines Ausscheidens aus der Selbstverwaltung einen Blumenstrauß. Er dankt ihm für seinen ehrenamtlichen Einsatz und sein Engagement zu Wohle der Stadt.

9. Antrag der SPD Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Herr Goldbeck stellt seinen Werdegang vor.

Herr Goldbeck ist gemäß § 6 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz wählbar.

Dem Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und der Wahl des Bürgerlichen Mitgliedes, Herrn Klaus Goldbeck, als ordentliches Bürgerliches Mitglied in den Umweltausschuss wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

10. Anregungen aus der Einwohnerversammlung am 26.09.2017

Die Stadtverordneten nehmen den Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2017/119, der wie folgt lautet, zur Kenntnis. „Die mit der erforderlichen Mehrheit in der Einwohnerversammlung am 26.09.2017 beschlossenen Anregungen werden zur Kenntnis genommen und an die entsprechenden Ausschüsse, wie im Sachverhalt aufgeführt, zur Beratung verwiesen.“

11. **S4-Lärmschutz: Zustimmung zu der Resolution der Stadt Ahrensburg hinsichtlich der von der DB geplanten Lärmschutzmaßnahmen am Gleis**

- a b g e s e t z t -

12. **Änderung der Baumschutzsatzung** **AF/2017/006**
- 12.1. **Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - Aufwand für den Bürger durch Neufassung Baumschutzsatzung** **AF/2017/005**
- 12.2. **Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - Verwaltungsaufwand durch Neufassung Baumschutzsatzung** **AF/2017/007**
- 12.3. **Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - Ist Expertenmeinung in der Neufassung der Baumschutzsatzung enthalten** **AN/054/2017**
- 12.4. **Änderungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zur Neufassung der Baumschutzsatzung** **AN/059/2017**
- 12.5. **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur 1. Änderung der Baumschutzsatzung** **2017/111/1**
- 12.6. **1. Änderung der Satzung zum Schutz der Bäume in der Stadt Ahrensburg**

Die Verwaltung beantwortet die Anfragen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Aufwand für den Bürger durch Neufassung der Baumschutzsatzung“ (AF/2017/006), „Verwaltungsaufwand durch Neufassung der Baumschutzsatzung“ (AF/2017/005), „Ist Expertenmeinung in der Neufassung der Baumschutzsatzung enthalten?“ (AF/2017/007).

Die Beantwortung der Anfragen ist als **Anlage** beigefügt.

Stadtverordnete Möller hält den Sachvortrag der Vorlagen-Nr. 2017/111/1.

Stadtverordneter Hansen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemängelt, dass die Baumschutzsatzung nicht öffentlich in interfraktionellen Runden beraten worden sei. Er beantragt, „die Vorlagen-Nr. 2017/111/1 in den Umweltausschuss zurückzuverweisen. Vor der erneuten Beratung im Umweltausschuss überarbeitet die Verwaltung die Satzung unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Die Satzungsänderung darf keinen höheren Verwaltungsaufwand erzeugen.
2. Die Satzungsänderung darf keine Rechtsunsicherheiten für die Bürgerinnen und Bürger erzeugen.

3. Die Ausarbeitung der befragten Expertenverbände muss in die Neufassung einfließen.
4. Die Satzungsänderung darf den Schutzzweck nach Bundes- und Landesnaturschutzgesetz nicht negativ verändern.“ (AN/054/2017)

Laut Beantwortung der Anfragen würden die wie vor genannten Tatsachen zutreffen.

Stadtverordnete Möller von der SPD-Fraktion erklärt, dass die Sitzungen des Umweltausschusses öffentlich gewesen seien. Jeder Einwohner habe die Möglichkeit gehabt, sich jederzeit zu informieren und mit zu diskutieren, was auch wahrgenommen worden sei.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten wie folgt über den Antrag AN/054/2017, der wie folgt lautet, ab:

„Die Vorlagen-Nr. 2017/111/1 wird zurückgewiesen an den Umweltausschuss. Vor der erneuten Beratung im Umweltausschuss überarbeitet die Verwaltung die Satzung unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Die Satzungsänderung darf keinen höheren Verwaltungsaufwand erzeugen.
2. Die Satzungsänderung darf keine Rechtsunsicherheiten für die Bürgerinnen und Bürger erzeugen.
3. Die Ausarbeitung der befragten Expertenverbände muss in die Neufassung einfließen.
4. Die Satzungsänderung darf den Schutzzweck nach Bundes- und Landesnaturschutzgesetz nicht negativ verändern.“

Abstimmungsergebnis:

**5 dafür
17 dagegen
3 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Stadtverordneter Hansen stellt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen nachfolgend den Antrag (AN/059/2017):

„Bündnis 90/Die Grünen beantragen,

1. Nr. 1 des Beschlussvorschlages wird ersetzt durch:

„Das Beteiligungsverfahren nach § 19 Landesnaturschutzgesetz wird durchgeführt. § 19 Landesnaturschutzgesetz, Abs. 5, Satz 1, Nr. 2 wird nicht angewendet.“

2. Nr. 3 des Beschlussvorschlages wird ersetzt durch:

„Die Satzungsänderung/der Satzungsentwurf ist vor der Beschlussfassung öffentlich auszulegen; ferner sind die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen (§ 19 Landesnaturschutzgesetz).“

Stadtverordneter Hansen spricht sich im Namen von Bündnis 90/Die Grünen gegen eine Änderung der Baumschutzsatzung aus. Mit dem Vorschlag würde die Baumschutzsatzung in Ahrensburg quasi ganz abgeschafft werden. Große Bäume könnten zwar durch Beschattung, Wildwuchs und auch Laubfall belastet, sie würden jedoch zum Klima- und Naturschutz wesentlich beitragen. Große Bäume würden z. B. ein Artenreichtum an Insekten mit sich bringen, gerade im Hinblick auf das derzeitige extreme Insektensterben. Er verweist auf die Zusammenhänge zwischen dem Handeln der Menschen und der Natur. Ausschussmitglied Hansen appelliert im Namen von Bündnis 90/Die Grünen dafür, die geänderte Baumschutzsatzung mit den Naturschutzverbänden zu diskutieren. Die jetzige Satzung sei betitelt mit Änderungssatzung. Bei Berücksichtigung der zahlreichen Änderungen gelange man zu der Auffassung, dass es sich um eine Neufassung der Satzung handle mit der Maßgabe, dass die Träger öffentlicher Belange sich zu der Satzung äußern müssten.

Stadtverordneter Haase erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass er keinen Zusammenhang des Insektenrückgangs mit den Gärten in Ahrensburg bzw. der geänderten Baumschutzsatzung in Ahrensburg sehe, sondern eher im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen, gentechnisch veränderte Anbaumethoden, etc. Mit der Bebauung des Erlenhofes mit den zahlreichen Gärten anstatt des ehemaligen Weizenackers sei weiterer Artenreichtum geschaffen worden. Großbäume prägender Art seien außerdem durch das Naturschutzrecht geschützt. Nach der bisherigen Baumschutzsatzung seien seiner Auffassung nach mehr Bäume gefällt worden, da Grundstückseigentümer mit Gärten, die Möglichkeit genutzt hätten, Bäume bevor sie einen Durchmesser von 20 cm erreichen hätten, zu fällen, damit der Baum nicht dauerhaft erhalten werden müsse.

Stadtverordneter Levenhagen befürwortet im Namen der CDU-Fraktion die Änderung der Baumschutzsatzung. Es soll für die Eigentümer die Möglichkeit bestehen, zu entscheiden, Bäume in eigener Verantwortung zu fällen, z. B. aufgrund deren Beschattung, der Begrünung des Daches oder der vollen Dachrinnen mit Laub, die aber aufgrund des Alters des Eigentümers nicht mehr gesäubert werden könnten. Durch das Laub bestehe auch eine erhöhte Rutschgefahr. Mit der Satzungsänderung könne jeder Einzelne in einem bestimmten Rahmen erleichtert entscheiden, ob der Baum gefällt werden soll oder nicht. Er geht davon aus, dass die Eigentümer von Gärten selbst ein großes Interesse an dem Erhalt von Bäumen haben.

Stadtverordneter Egan spricht sich im Namen der WAB-Fraktion für die Beteiligung der Öffentlichkeit an einer Neufassung der Baumschutzsatzung aus. Mit 7 von 9 Stimmen sei der Vorlage zur geänderten Baumschutzsatzung im Umweltausschuss zugestimmt worden mit der Folge, dass bei Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung das Beteiligungsverfahren für die Träger öffentlicher Belange nicht eingeleitet werde.

Es gebe keinen Grund, das Beteiligungsverfahren auszusetzen. Das Beteiligungsverfahren würde den Umweltverbänden die Gelegenheit geben, nach Zustimmung zur Satzung durch die Stadtverordnetenversammlung eine Stellungnahme abzugeben.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass jeder Einwohner die Möglichkeit hatte, während der Ausschusssitzung als Einwohner im Rahmen der Einwohnerfragestunde Fragen und Anregungen zu stellen. Auch den Naturschutzverbänden sei ein Fragenkatalog bereitgestellt worden, der auf der grundsätzlichen Idee basiert habe, die Baumschutzsatzung abzuschaffen. Der NABU habe seine Stellungnahme online veröffentlicht.

Stadtverordneter Reuber von der SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, dass ein Verzicht auf das Beteiligungsverfahren nicht dem Gesetz entspreche, da es sich um eine Neufassung der Satzung handele.

Stadtverordnete Möller von der SPD-Fraktion plädiert für die Gestaltungsfreiheit der Eigentümer in ihren Gärten und somit für die Änderung der Baumschutzsatzung. Eine ausführliche Beteiligung der Öffentlichkeit sei gegeben gewesen. Jeder habe jederzeit die Möglichkeit gehabt, in den Sitzungen des Umweltausschusses Fragen und Anregungen – auch schriftlich – zu stellen und sich zu beteiligen. Dies sei von einigen Einwohnern genutzt worden.

Anschließend wird über den Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/059/2017 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
17 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Stadtverordnete Möller führt im Namen der SPD-Fraktion aus, dass der Rahmen für das Gestaltungselement Baum in den Gärten in der Baumschutzsatzung festgelegt werde. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sei der Überzeugung, dass die Änderung der Baumschutzsatzung nicht zu unüberlegten Spontanfällungen führen würde. Es werde den Mitbürgern Verantwortung zugetraut. Die Befürchtung der Verwaltung auf mehr Verwaltungsaufwand wird nicht geteilt.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass es sich bei der Baumschutzsatzung um einen Kompromiss handele. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass jedem bekannt sei, welchen Wert der Baum in seinem Garten habe. Die FDP-Fraktion fordere als weiteren Schritt die Abschaffung der Baumschutzsatzung. Die Änderungssatzung sei eine erste Erleichterung für den Bürger. Bestimmte Bäume seien auch weiterhin durch die Landes- und Bundesgesetzgebung geschützt. Er führt als Beispiel die Stadt Bargtheide an, die die Baumschutzsatzung komplett „abgeschafft“ habe, ohne dass in Folge der „Abschaffung der Baumschutzsatzung“ zahlreiche Bäume von den Eigentümern gefällt worden seien.

13. **46. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet Kastanienallee zwischen den Straßen Bahntrasse und Kastanienallee; Flurstücke 149, 232, 229, 230, 273 sowie die Flurstücke 276, 295, 275, 272, 270, 294 teilweise**
- Abwägung der Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/090 zu.

Abstimmungsergebnis:	Gesetzliche Vertreter:	31
	Anwesend:	25
	Abstimmungsergebnis	Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**14. Spiel Sport Club Hagen Ahrensburg von 1947 e. V.
- Übertragung der Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen
Sportanlage Am Hagen**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs- Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Nach Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Randschau und Langbehn stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/101/1 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**15. 4. Änderungssatzung zur Satzung für die Volkshochschule der Stadt Ahrensburg (Benutzungs- und Gebührensatzung)
- Anhebung der Kursgebühr für die Maßnahme "Grundqualifizierung zur Kindertagespflegeperson"**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs- Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Stadtverordnete Löwer weist auf eine redaktionelle Änderung laut Anlage 1 hin. Danach handelt es sich nicht um den Jugendwohlfahrtsausschuss, sondern um den Jugendhilfeausschuss des Kreises.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/072/1 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

